

Diese Zeitung erscheint täglich zweimal!
Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 12 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17 1/2 Sgr.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17 1/2 Sgr.

Stettiner



Privilegirte

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: Buchdruckerei von F. G. Effenbarts Erben,
Krautmarkt No. 4. (1053.)
Redaktion und Expedition ebenfalls.
Insertionspreis: Für die gehaltene Zeitzeile 1 Sgr.

Zeitung

No. 22. Abend Freitag, den 14. Januar Ausgabe. 1859.

Deutschland.

Berlin, 13. Januar. Nachdem gestern die Thronrede gehalten und die Eröffnung der Kammern proklamirt war, wurden, wie die Kreuzzeitung erfährt, die Mitglieder beider Häuser des Landtags von Sr. Hoheit dem Fürsten zu Hohen-Sollern-Sigmaringen eingeladen, in die anstehende „Bildergalerie“ einzutreten, um dem Prinzen-Regenten Königl. Hoh. vorgestellt zu werden. Nachdem der Prinz-Regent einige andere Mitglieder des Herrenhauses begrüßt hatten, reichten Sie dem Ober-Präsidenten z. B. v. Kleist-Regow die Hand und sagten zu ihm mit lauter Stimme, wie Sie sich freuen, ihn hier zu sehen und überzeugt wären, daß er auch in dieser Wirksamkeit mit derselben Treue und Hingebung wie bisher dem Könige und dem Vaterlande dienen werde.

Berlin, 13. Januar. Die Kreuzzeitung hat die in der Thronrede ausgesprochenen Grundsätze mit Freude vernommen. Sie schreibt darüber: „Gottesfurcht“, nicht Furcht vor parlamentarischen Majoritäten oder vor dem souveränen Volke; „Königthum von Gottes Gnaden“, nicht charte vérité oder Bürgerkönigthum; „Treue des Volkes und des sieghewigen Heeres“, nicht parlamentarische Regierung und Schwäger-Republik; — kurz, eine Regierung, wie sie „Preußens Aufgabe, seine glorreiche Geschichte und die vaterländischen Traditionen“ gebieten, und bei welcher in den „unverrückbar gezogenen Grenzen“ zu beharren Sr. K. H. der Regent unter Gottes Beistande fest entschlossen ist. Hierbei „dem Könige — den Gottes Gnade unter einem milderen Himmel stärken und genesen lassen möge — die Rechte seiner Krone ungeschwächt zu erhalten, ist eine der Hauptaufgaben der Regentenschaft.“

Es versteht sich von selbst, daß mit allem diesem, „Festhalten an Gesetz und Verfassung, Gerechtigkeit, Wahrheit, Vertrauen“ Hand in Hand gehen müssen. Was der Freiheit verloren geht, das wird die Beute der Bureaukratie, und wer die Verfassung verflümmert, der arbeitet dem „Beamtenstaat“ und dem Cäsarismus in die Hände. Eben so gewiß aber ist es auch, daß die heuchlerische und gleißnerische Regierungs-Freundschaft nunmehr ihre Endschafft erreicht, und daß sich fortan nur noch der einen Freund der Regierung nennen darf, welcher dieser Fühne des Regenten zu folgen entschlossen ist.

Mit den Personen der Minister und deren besondern Neigungen oder Schwächen haben wir es hierbei nicht zu thun; wir haben uns noch niemals als Unterthanen eines Ministers, sondern stets nur als Unterthanen der Krone Preußens betrachtet.“

Berlin, 13. Januar. Vor der vierten Abtheilung des Kriminalgerichts wurde heute Vormittag gegen den Chef-Redakteur der „National-Zeitung“, Dr. Zabel, 56 Jahre alt, verhandelt, der beschuldigt war, in Nr. 485 der National-Zeitung vom 17. Oktober einen von ihm verfaßten Leitartikel verbrochen zu haben, der gegen den §. 101 des Strafgesetzes (Erregung von Haß und Verachtung gegen die Staatsregierung) verstößt. In diesem Artikel wird das abgetretene Ministerium unter Anderem „eine Landplage“ genannt, welche den Rechtszustand des Landes „zerzauert“ und die bestehenden Gesetze „durch Luft an der Willkür“ abgeändert habe. — Der Angeklagte erklärte, daß der betreffende Artikel nur eine Ansprache an die Wähler enthalte und zu einer Zeit geschrieben sei, wo sich überall eine entseßliche Gleichgültigkeit gegen die bevorstehenden Wahlen kundgegeben habe. Es sei deshalb Pflicht der Presse gewesen, auf die Wichtigkeit gerade dieser Wahlen aufmerksam zu machen, weshalb der infrimirt Artikel die Fehler habe aufzählen müssen, welche in den letzten zehn Jahren begangen worden seien. Die Staatsregierung habe, was man ihr vorzugsweise vorwerfen müsse, nur sogenannte Zweckmäßigkeits-Maßregeln ergriffen und dagegen nirgends das strenge Recht gehandhabt. Deshalb habe der Artikel gefordert, daß diese Rechtsunsicherheit vor allen Dingen beseitigt werden müsse. Angeklagter erkennt an, daß der Ausdruck „zerzauert“ etwas scharf gegriffen sei; er habe jedoch, als er den Artikel geschrieben, nach einem anderen adäquaten gesucht, aber nicht finden können, da z. B. der Ausdruck Rechtsverworfenheit ihm noch schärfer erschienen habe. Uebrigens habe er nicht geglaubt, durch diesen Artikel der richterlichen Abmündung zu verfallen, da er nur offenkundige Thatsachen ausgesprochen habe. Inzwischen habe das Volk durch die Wahlen gesprochen und damit bewiesen, daß es den Ausführungen des Artikels im Allgemeinen zustimme, wie z. B. die Thatsache beweise, daß jetzt eben so viel Juristen in das Abgeordnetenhaus gewählt worden seien, als unter dem früheren Regime Landräthe in denselben tagten. Der Staatsanwalt Wenzel findet namentlich in dem Ausdruck des Artikels: „das Ministerium habe so große Lust an der Willkür gefunden, daß es, statt die Gesetze zu achten, nur Zweckmäßigkeits-Maßregeln getroffen“, eine Verhöhnung und Verachtung der Obrigkeit; denn, obgleich das Ministerium, welches die angegriffenen Verordnungen

gen und Gesetze erlassen, größtentheils nicht mehr am Ruder sei, so beständen doch diese Gesetze und Verordnungen noch heute und diesen Tag zu Recht. Mit Rücksicht auf schon zweimalige Vorbestrafung wegen ähnlicher Vergehen beantragte die Staatsanwaltschaft eine Geldbuße von 150 Thalern oder eine dreimonatliche Gefängnißhaft.

Der Verteidiger, Justizrath Bernald, bezog sich auf die von ihm vorgestern bei Gelegenheit des Prozesses gegen die „Volkszeitung“ gehaltenen Verteidigungsrede und beschränkte sich deshalb nur auf die Gesetzgebung, soweit sie die Presse betrifft. In dieser Hinsicht müsse er anführen, daß, um zu zeigen, wie sehr das Recht den Verwaltungsmäßigkeiten nachgegeben worden, im Jahre 1851 eine ministerielle Verfügung erschienen sei, welche den Staatsanwaltschaften aufgab, selbst dann, wenn sie mit Beschlag belegte Zeitschriften wieder freigegeben hätten, dennoch, sobald die Polizeibehörden dies verlangten, die Anlagen durch alle Instanzen durchzuführen hätten — eine Maßregel, welche bei Gelegenheit der von dem Abgeordneten Mathis eingebrachten Anträge, die Presse betreffend, ausführlich in dem Abgeordnetenhaus besprochen worden sei. Wegen dieser und ähnlicher Vorgänge habe der Angeklagte mit Recht den Ausdruck gebraucht, die Rechtspflege bei uns sei eine „zerzauerte“. Der Verteidiger führt hier den Passus aus der gestrigen Thronrede an: „Meine Regierung wird auf weitere Verbesserungen derselben, sowie auf genaue, den Mißbrauch möglichst ausschließende Festsetzungen über zweifelshafte Verwaltungs-Normen bedacht sein“. Dieser Passus könne nur auf die Kompetenzgerichte bezogen werden und auf den Druck, unter welchem die Presse leide und der von Frankreich zu uns gekommen sei.

Der Gerichtshof erkannte nach längerer Berathung dahin, daß der Angeklagte der öffentlichen Schmähung im zweiten Rückfall schuldig und deshalb mit 50 Thalern Geldbuße oder 3 Wochen Gefängnißstrafe zu bestrafen, auch die Vernichtung der betreffenden Exemplare der N. Z., soweit dieselben noch vorhanden, ausgesprochen werden müsse. Der Gerichtshof führte in den Urtheilsgründen aus, daß namentlich die schon gedachten Ausdrücke „Landplage“, „zerzauert“ und „Luft an der Willkür“ dieses Strafmaß rechtfertigten.“ (N. Pr. 3.)

— Man schreibt der „N. Z.“ aus Berlin: Sollten die Dinge in Italien sich in einer Weise fortentwickeln, daß es wirklich dort zu einer Entscheidung durch die Waffen käme, so dürfte man sicher sein können, daß die Mehrzahl der Großmächte auf die unbedingte Ausschließung jeder Einmischung hinwirken würde, so daß das übrige Europa im Fortgenusse des Friedens bliebe. Mit einem Wort, jedem Hinübertragen des Kampfes vom italienischen Schauplatz auf anderes, namentlich deutsches Gebiet, würde unumwunden entschieden entgegengetreten werden. Der etwa kampfbegierige Theil Italiens hat sich mit der Macht des österreichischen Kaiserstaates zu messen. Diese Auffassung dürfte nach allem Anschein in den europäischen Kabinetten sich als die überwiegende darstellen. Eine bestimmte Stellung zu der ganzen Angelegenheit hat, wie wir versichern hören, noch keine der vier nicht theilnehmenden Großmächte genommen. Man darf sich übrigens sicherlich der Hoffnung hingeben, daß es namentlich Preußen und mit ihm Deutschland als ihre hohe Aufgabe erkennen werden, für die Wahrung des europäischen Friedens mit ihrem ganzen Gewicht im Rathe der Kabinette aufzutreten, sich nach der einen wie nach der anderen Seite hin, gerade der Vermittelung wegen, freie Hand lassend. Von einem voreiligen Eingehen in irgend eine Verpflichtung kann bei der gegenwärtigen Sachlage um so weniger auch nur im entferntesten die Rede sein, als ein solches dem zu erstrebenden Ziele von so allgemeiner und tiefgreifender Bedeutung geradezu entgegenwirken könnte.

— Die Entbindung Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Friedrich Wilhelm soll durch eine Hebamme erfolgen, welche von der Königin Victoria aus London gesendet ist. Von dort her wird auch eine Kinderfrau für das zu hoffende Kind erwartet, welche der Amme bei der Pflege des Kindes zur Seite stehen soll.

— Wie der „B. u. P. Z.“ aus Thorn geschrieben wird, beabsichtigt die liberale Fraktion der deutschen Wahlmänner einen Protest gegen die Wahl des Landraths v. Schroetter bei dem Abgeordnetenhaus einzubringen, weil drei Wahlmänner für denselben gestimmt haben, die gesetzlich weder zu Wahlmännern gewählt waren, noch das aktive Wahlrecht ausüben dürfen.

Königsberg, 13. Januar. Der orkanähnliche Sturm, welcher nur mit kurzen Unterbrechungen in der Nacht zum Dienstage, dann diesen ganzen Tag über und auch gestern hier noch wüthete, hat in der Stadt bedeutenden Schaden angerichtet, ganze Häuser abgedeckt und Schornsteine eingerissen. Die Vorstadt war fast ganz von der Stadt abgetrennt, denn es war geradezu lebensgefährlich, die Brücken zu passieren.

Tilsit, 11. Januar. (Feuer.) Ein ansehnlicher Stadttheil Tilsits stand diese Nacht wieder in Feuer. Nachts 2 Uhr brach in dem Speicher des ehemals Steinberg'schen, jetzt Papendick'schen, Grundstücks Feuer aus. Ein orkanähnlicher Sturm, der seit gestern Nachmittag wüthete, trug die Flammen alsbald auf 4 andere, theilweise sehr mit Getreide, Flachs, Hauf und Saat gefüllte Speicher und auf die daran stoßenden Nebengebäude. Das enge Nebeneinanderstehen der betroffenen Baulichkeiten machte die angestrengteste Arbeit der Feuerwehr und Löschmannschaften erfolglos. Der ganze Ring bis zum Dunski'schen Speicher am Mühlengraben, welcher letztere nur im Oktober v. J. eingezäunt und in Eile wieder massiv neu aufgeführt war, mit Ausschluß der Hauptwohnhäuser in der hohen Straße, von denen der Wind abging, brannte nieder. Der noch leere Dunski'sche Speicher, dessen Holzwerk in sich verbrannte, trug wesentlich dazu bei, daß seine minder großen Flammen nicht die Zeltge'schen Hofgebäude und diejenigen der Schloßmühle, jenseits des Mühlengrabens, die außerdem durch 2 Spritzen beschützt wurden, erreichten. 4 große Speicher und 8 Nebengebäude liegen in Asche. Das Feuer auf dieser Brandstätte dauert noch jetzt, 10 Uhr Vormittag, fort. Der Sturm wüthet nach wie vor und die größte Gefahr fesselt die gesammte Feuerwehr auf der Brandstelle. Menschenleben sind nicht zu beklagen, dagegen berechnet man den Schaden an eingezäunten Baulichkeiten und an Produkten nahe an 100,000 Thlr. Ausgezeichnetes leistete die neue Feuerwehr; der neu entstandene Brunnen an der lithauischen Kirche bespülte die Spritzen mit dem besten Erfolg. Wir danken der Vorsehung für gnädige Abwendung größern Unglücks, welches am Anfange unermesslich schien. Wir hatten bereits eine telegraphische Depesche für Ihre Zeitung abgegeben, mußten dieselbe inbeffen zurückziehen, weil der Drath zwischen Insterburg und Königsberg durch den Sturm zerrissen ist. (K. P. Z.)

Oesterreich.

Wien, 11. Januar. Die Untersuchung der in Krakau Verhafteten nimmt ihren regelmäßigen Verlauf. Dieselbe wird hier geführt und sind die Kompromittirten nach Wien gebracht worden. Wie man vernimmt, sollen in Folge der von ihnen gemachten Geständnisse noch einige weitere Verhaftungen vorgenommen worden sein. Es ist richtig, daß die Wiederherstellung des Freistaates Krakau der Zweck des Komplottes war. — Ueber das neue österreichische Anlehen erfährt man noch nachträglich, daß es auf 5 pCt. lauten, 52,500,000 fl. österreichische Währung oder 50 Millionen fl. C. M. betragen und durch Rothschild emittirt werden wird. Rückständig des Courfes, zu welchem es ausgegeben werden soll, soll man sich noch nicht geeinigt haben.

Innsbruck, 10. Januar. Die in Innsbruck liegenden Kaiserjäger erhielten vor vier Tagen noch spät Abend eingelassenen telegraphischen Befehl, des andern Tages früh abzumarschiren, und seitdem folgt Truppe auf Truppe von Salzburg herkommend, und zieht denselben Weg über den Brenner.

Belgien.

Brüssel, 11. Januar. Die „Independance“ demontirt in einer distiziden Note die Gerüchte von ministeriellen Umwandlungen, welche in den letzten Tagen allgemeine Verbreitung gefunden hatten.

Niederlande.

Haag, 11. Januar. Der pensionirte General-Lieutenant von O., beschuldigt, den Versuch gemacht zu haben, seine Maitresse durch eine vergiftete Wurst ums Leben zu bringen, wurde gestern nach dem Gefängnisse abgeführt und soll bereits ein Bekenntniß seiner Schuld abgelegt haben. Er hatte der Genannten eine mit Arsenik ziemlich gefüllte Wurst überhandt, von der sie zwar selbst nichts genoß, doch ihren Bruder davon essen ließ, der schon nach wenigen Stunden eine Leiche war; auch andere Personen der Hausgenossenschaft, welche davon gebrauchten, wurden krank, durch schnelle Hülfe aber glücklich gerettet. Der Thäter ist ein Mann von dreißig Jahren, war früher Gouverneur der Militär-Akademie zu Breda und seine Brust ist mit vielen Orden geschmückt.

Frankreich.

Paris, 11. Januar. Seit langer Zeit hat man nicht eine ähnliche Deroute auf der Börse erlebt. Glaubt die Finanzwelt ernstlich an den Krieg oder stellt sie sich nur so an, um der Regierung eine Lektion wegen des Spielens mit dem Feuer zu geben? Man möchte Lezteres glauben, wenn man die Herren in der Rue Vivienne und unter dem Peristyl der Börse sprechen hört. Die Unzufriedenheit mit diesem Hin- und Herwerfen des Kriegs- oder Friedensballons ist unbegreiflich; alle Welt fühlt sich unbehaglich ob dieser Unsicherheit und Haltlosigkeit und der Krieg, wenn er morgen ausbräche, könnte kaum abler aufgenommen werden. Vor Allem fällt der Umstand ins Gewicht, daß der Kaiser selbst nicht entschlossen zu sein scheint, was er zu thun hat; er leidet Allen ein

Verantwortlicher Redakteur H. Schöner in Stettin.
Druck und Verlag von A. S. G. Essenbart in Stettin.